Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Jan Korte** (DIE LINKE.)

Inwieweit wird es auch nach der Abwicklung der Hauptstelle für Befragungswesen (HBW) eine Mitwirkung oder Teilnahme an der Auswertung oder Beeinflussung von Asylanhörungen bzw. eigenständige Befragungen von Asylsuchenden durch Bedienstete deutscher Geheimdienste geben (bitte nach Nachrichtendiensten getrennt beantworten), und was sind die aktuell praktizierten Befragungsansätze, für die die Legende HBW nach Angaben der Bundesregierung (vgl. die Antwort der Bundesregierung zu Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 18/1135) nicht mehr erforderlich ist (bitte ausführen)?

Antwort der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, vom 14. April 2014

Die Entscheidung über Asylanträge und die Durchführung von Asylverfahren fällt in die Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Eine Beteiligung deutscher Nachrichtendienste des Bundes im Rahmen von Asylanhörungen fand weder in der Vergangenheit statt noch ist eine solche künftig beabsichtigt. Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Mündlichen Fragen 31 und 32 der Abgeordneten Luise Amtsberg in der 3. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. November 2013 (Plenarprotokoll 18/3, Anlage 18) verwiesen.

Hinsichtlich der zweiten Teilfrage wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 18/1135), dort die Antworten zu den Fragen 4 und 5, verwiesen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

2. Abgeordneter **Jan van Aken** (DIE LINKE.)

Wie viele abschließende Genehmigungen (bzw. Empfehlungen für abschließende Genehmigungen) für Rüstungsexportvorhaben hat der Bundessicherheitsrat jeweils insgesamt in den Jahren 2012 und 2013 erteilt?

Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer vom 16. April 2014

Die Koalitionsparteien haben sich im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD darauf verständigt, den Deutschen Bundestag über abschließende Genehmigungsentscheidungen im Bundessicherheitsrat (BSR) künftig unverzüglich zu unterrichten. Die Bundesregierung bereitet derzeit die Umsetzung dieser Vereinbarung vor.

Die früheren abschließenden Genehmigungsentscheidungen des BSR, also auch diejenigen, die in den Jahren 2012 und 2013 getroffen wurden, unterliegen dagegen weiterhin der derzeitigen Geschäftsordnung des BSR und sind daher geheim.

3. Abgeordneter **Jan van Aken** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung, zum Beispiel von Nachrichtendiensten, Sicherheitsorganen oder aus anderen Quellen, über mögliche Reexporte von deutschen Waffen bzw. Waffen aus ehemaligen Bundeswehr- oder NVA-Beständen (NVA = Nationale Volksarmee) in den Sudan oder Südsudan (bitte unter Angabe der Stückzahl, des Wertes und des Namens der jeweiligen Rüstungsgüter, des Namens des Landes, das den Reexport jeweils vornahm, und ob die Bundesregierung dem Reexport jeweils zustimmte oder nicht)?

Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer vom 16. April 2014

Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse über Reexporte von deutschen Kriegswaffen oder Kriegswaffen aus ehemaligen Bundeswehr- oder NVA-Beständen in den Sudan oder Südsudan vor.

Der Bundesregierung ist bekannt, dass in den Sudan und Südsudan ausgemusterte Lastkraftwagen aus Beständen der Bundeswehr gelangt sind. Diese wurden von ausländischen Unternehmen in Deutschland ersteigert und anschließend in die Niederlande verbracht, von wo aus sie in den Sudan oder Südsudan ausgeführt wurden. Die Zustimmung zum Reexport dieser Lastwagen in den Sudan oder Südsudan ist nicht beantragt worden, da sie nach niederländischen Bestimmungen zuvor demilitarisiert worden waren.

4. Abgeordnete **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig die finanziellen Begünstigungen für die Braunkohlewirtschaft in Deutschland, wie sie nach der Definition des Umweltbundesamtes für seinen Bericht über die umweltschädlichen Subventionen zugrunde gelegt werden, und wie haben sich diese gewährten Begünstigungen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?